

Süddeutsche Zeitung
26. März 2020

te nicht reiche, müssten die Bürger eben selbst für ihre Zukunft sorgen. Der einzig sinnvolle Weg dahin sei die Anlage in Aktien. Kommentator Büschemann hält angesichts der gegenwärtigen Baisse an den Börsen dagegen und fordert: „Da müssen neue Modelle erdacht werden.“ Dazu gibt die Meldung über die spürbare Erhöhung der Renten zum 1. Juli 2020 um 3,45 beziehungsweise 4,20 Prozent gleich zwei naheliegende Antworten: Die Groko verspricht erstens den Rentnern und den Beitragszahlern eine auskömmliche, weiterhin mehr oder weniger direkt an die Entwicklung der Löhne angepasste Rente. Und zweitens zeigt sie auf, dass die Rentenansprüche sich nicht entwerten, wie derzeit Aktien, sondern dass sie sich rentieren.

Bisher ist es nur in Ausnahmefällen möglich, sich bei der staatlichen Deutschen Rentenversicherung freiwillig höher zu versichern. Warum gilt eigentlich diese Begrenzung? Die Verkäufe an den Börsen haben jetzt wieder viel anlagensuchendes Bargeld in die Portefeuilles geschwemmt. Könnten und sollten die Gelder dieser „Sparschwemme“ nicht als freiwillige Beiträge dazu beitragen, die gesetzliche Rente auch psychologisch wieder sicherer zu machen? Überdies würde der jetzt zu erwartende Run auf Immobilien generell, vor allem auf Wohnungen und landwirtschaftliche Flächen, ein bisschen gedämpft. Die nächste Blase an den Aktien- und Anleihemärkten lässt ja wohl angesichts der anstehenden Rezession noch auf sich warten.

Warum soll der Durchschnittsrentner seine Rente von 1000 Euro im Monat nicht auf 1100 Euro aufstocken können? Eine freiwillige Höherversicherung hat es schon mal gegeben. Die finanzielle Sicherung vieler Alter kann zwar in Zukunft nicht mehr fast komplett durch Beiträge aus Löhnen und Gehältern der wenigen Jungen gesichert werden, das ist demografisch unmöglich. Aber die Einkommen aus Arbeit sind nur ein Bruchteil des Volkseinkommens, aus dem nun mal alle Renten bezahlt werden müssen. Es geht also jetzt um den Einstieg in die Finanzierung durch sonstige Steuern und freiwillige Beiträge.

Prof. em. Dr. Manfred Nitsch, Berlin

Freiwillig zusätzlich versichern

Das gesetzliche Rentensystem steht unter Beschuss. Noch vor wenigen Wochen war die Sache selbst unter nicht konservativen Politikern völlig klar: Wo die staatliche Ren-